

Pressekontakt:

BUND Odenwald, Harald Hoppe - 06163 912174

Bilder zum Abdruck im Zusammenhang mit dieser Pressemitteilung freigegeben

27.03.18 - Pressemitteilung 2018-9: Regierungspräsidium reagiert verhalten auf BUND-Feststellungen

Regierungspräsidentin Brigitte Lindscheid wurde vom Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND) Odenwald am 16. Januar um ihre Einschätzung der vom Umweltverband vorgelegten Feststellungen gebeten. Der BUND Odenwald belegte seit August 2017 in den Gemeinden Bad König, Lützelbach, Höchst, Erbach, Michelstadt, Beerfelden in 13 Bebauungsplänen umfangreiche systematische Unterlassungen bei der Realisierung von Naturschutzmaßnahmen, die zum Teil vor 20 Jahren in den Plänen festgesetzt wurden. Die Gemeinden hatten es nicht nötig, Streuobstwiesen anzulegen, Hecken oder Bäume zu pflanzen oder Wiesen extensiv zu bewirtschaften – machten dies aber bei der Abfassung ihrer Pläne als Ausgleich für die geplanten Siedlungsvorhaben geltend. Die Bauten stehen, die Natur wurde ohne Ausgleich geplündert.

Der BUND wollte von der Chefin der Behörde in Darmstadt wissen, ob ihr Haus gegen diese Unterlassungen vorgehen wird und ob sie dies im hessischen Umwelt- und Innenministerium zur Sprache bringen wird. Auch nach Sanktionsmöglichkeiten des Präsidiums wurde gefragt. Weitere Fragen betrafen die Ignorierung der seit 2006 für die Kommunen bestehende Verpflichtung zur Veröffentlichung ihrer Umweltplanungen im Internet (www.natureg.de).

Beide Themenbereiche – die Anwendung des Baugesetzbuches und die Öffentlichkeitsverpflichtung – fallen unter die Aufsichtspflichten der Behörde am Darmstädter Luisenplatz. Die zuständige Abteilung wurde vom BUND jeweils durch Kopien informiert, hatte aber nie eine Reaktion gezeigt.

Nach über 8 Wochen erhielt der Umweltverband am 20.03.18 endlich eine Antwort der Fachabteilung – Frau Lindscheid schweigt leider. Die Reaktion zitiert die von den Kommunen bereits früher dem BUND mitgeteilten ausweichenden Reaktionen der verschiedenen Bürgermeister. Die sind sich einig, dass sie ob der jahrzehntelangen Versäumnisse erst mal großen Prüfungs-, Gesprächs- und Abstimmungsbedarf haben – allerdings nicht mit dem BUND. Das bedeutet, dass zunächst nichts passieren wird. Die Verwaltungschefs spielen eindeutig auf Zeit. Man will zuerst prüfen, ob die Feststellungen des BUND zutreffen. Das kann jedermann anhand der übermittelten Vergleichsphotos zwischen Plan und Realität innerhalb von Sekunden.

Das Regierungspräsidium ist zwar im Gespräch, aber außer beruhigendem Schulterklopfen scheint dabei nichts substanzielles herauszukommen. Der Leiter der Abteilung für Regionalplanung – Camillo Huber-Braun – äußert lediglich, dass er „bei den zukünftigen Planungen ein besonderes Augenmerk auf den naturschutzfachlichen Ausgleich legen werde.“ Genau das gehörte auch schon in den vergangenen 20 Jahren zur Aufgabe des RP, mit dem bekannten Ergebnis, dass es bei der Realisierung dieses Ausgleichs mächtig klemmt.

BUND-Sprecher Harald Hoppe: „Frau Lindscheid hat sich hinter ihrer Fachabteilung versteckt und antwortet leider auf keine unserer 6 konkreten Fragen mit einer konkreten Antwort. Das Regierungspräsidium scheint die Überwachung der Kommunen und der Kreisverwaltung nicht sonderlich ernst zu nehmen. Wir

vermissen eine Untersuchung, ob der Odenwaldkreis hier systematisch das Recht zu Lasten der Natur beugt.“

Das Regierungspräsidium läßt den Vorwurf des BUND unwidersprochen: „Wir haben den Verdacht, dass - insbesondere im Fall 'Bad König - Erweiterung Wohngebiet Nord' - die Kreisverwaltung an der systematischen Ignorierung von Festsetzungen des Bebauungsplans nach §9(1) Nr. 25 BauGB beteiligt war.“ An diesem Beispiel hatte der Umweltverband aufgezeigt, dass keine der im Plan festgesetzten Pflanzmaßnahmen auf privaten Grundstücken realisiert wurde.

Der vom BUND ermittelte Schaden für die Natur beziffert sich zum Frühlingsanfang 2018 auf 2,3 Millionen Euro. Es wurden bisher 13 von 259 Plänen im Kreisgebiet unter die Lupe genommen - 100 Pläne wurden wegen ihres Alters und der Lage im Ortskern nicht betrachtet. Bei 9 Plänen wurde festgestellt, dass sie keine der interessierenden Festsetzungen enthalten.

Für den Odenwaldkreis rechnet der BUND einen Naturschaden von 45 Millionen Euro hoch, der von den Gemeinden aufzuarbeiten ist.

Der BUND fordert die Kommunen auf, umgehend die Realisierung der jahrzehntelang verschleppten Maßnahmen zum Umwelt- und Naturschutz anzupacken. So schlug der Verband den Städten Bad König und Oberzent eine Gesprächsrunde über dieses Thema vor - Resonanz bisher: 'null'.